

Allgemeine Wahlprüfsteine zur Sozialen Arbeit

1. Viele Handlungsfelder der Sozialen Arbeit sind im Zuge der Corona Pandemie als systemrelevant deklariert worden. Im öffentlichen Diskurs zu systemrelevanten Berufen fand Soziale Arbeit dennoch wenig Beachtung. Was werden Sie tun, um die gesellschaftliche Anerkennung Sozialer Arbeit zu fördern?

„Gesellschaftliche Anerkennung von Berufen zeigt sich nicht nur durch verbale Wertschätzung, sondern muss sich auch in der Bezahlung und den Arbeitsbedingungen niederschlagen. Dafür setzen wir GRÜNE uns ein.

In Köln werden seit Antritt der Oberbürgermeisterin Henriette Reker pauschale Zuschüsse für Projekte und Maßnahmen in Ausschreibungen und Förderprogramme umgewandelt. Die Zuschüsse sind entsprechend der durchschnittlichen Personalkosten (2020) sowie der „Richtlinien der Kosten eines Arbeitsplatzes“ der Stadt Köln bemessen.

Darüber hinaus schätzen wir die Arbeit der vielen Sozialarbeiter*innen in Köln, da sie mit dazu beitragen, die Stadt zusammen zu halten und benachteiligte Menschen in der Stadtgesellschaft zu unterstützen.

Die prinzipiell bessere Bezahlung ist aber ein Thema auf Bundesebene. Wir GRÜNE setzen uns auch dort dafür ein, dass Berufsgruppen, die sich um andere Menschen kümmern besser bezahlt werden. Weil von Anerkennung und klatschen lässt sich keine Miete bezahlen.“

2. Es gibt einen massiven Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit. Was sind aus Ihrer Perspektive nächste Schritte, um dem entgegen zu wirken?

„Die Wertschätzung der Sozialen Arbeit muss sich auch in einer angemessenen Vergütung niederschlagen. Aktuell ist die Soziale Arbeit nicht angemessen bezahlt. Hier muss nachgebessert werden, die ist aber wie bereits bei Frage 1 geschrieben ein Thema für den Bund. Auf Kölner Ebene können wir uns dafür einsetzen, dass es ausreichend Stellen in der Sozialen Arbeit gibt und den Job dadurch attraktiv machen. Wenn Sozialarbeiter*innen am Rande der Belastbarkeit arbeiten ist damit niemandem geholfen.“

3. Im Allgemeinen sind studienintegrierte Praktika für Studierende der Sozialen Arbeit noch immer unbezahlt. Viele der Studierenden gelangen daher in eine finanziell prekäre Situation. Inwieweit möchten Sie diesbezüglich die Ausbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit verbessern?

„Auch dies ist leider eine Bundespolitische Frage. Wir GRÜNE setzen uns auch hier dafür ein, dass Praktika bezahlt werden.“

4. Welche Maßnahmen werden Sie im Umgang mit strukturellem Rassismus in Ihrer Kommune ergreifen?

„Die Kölner Grünen sind schon viele Jahre im „Bündnis „Köln stellt sich Quer“ engagiert. Außerdem unterstützen und stärken wir regelmäßig Antirassismus-Projekte und das NS-Dokumentations-zentrum. Des weiteren ist ein wichtiger Punkt für uns auf kommunaler Ebene, dass unsere Stadtverwaltung diverser werden muss. Menschen mit Migrationsgeschichte, PoC, Menschen mit Behinderung, Frauen, ... müssen in der Stadtverwaltung noch besser gefördert werden, damit der Durchschnitt der Bevölkerung auch in der Verwaltung abgebildet wird.“

Handlungsfeldspezifische Wahlprüfsteine

Flüchtlingshilfe

5. Wie planen Sie langfristig mit Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete umzugehen?

„In Köln gibt es seit 2004 die „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen“. Danach sollen Geflüchtete so schnell wie möglich in dezentralen abgeschlossenen Wohneinheiten (WE) untergebracht werden. Inzwischen leben 76% der Köln zugewiesenen Geflüchteten in abgeschlossenen WE. Es wurde ein Auszugsmanagement installiert, das bereits vielen Geflüchteten erfolgreich bei der Suche nach Wohnungen unterstützt hat. Köln ist ein sicherer Hafen. Wir stehen Seite an Seite mit vielen anderen Städten und Gemeinden in NRW, die bereit sind Flüchtlinge aufzunehmen, weil wir die Kapazitäten dafür haben.“

Häusliche Gewalt

6. Was wollen Sie tun, um die Forderungen der Istanbul Konvention im Bereich Gewalt gegen Frauen* und häusliche Gewalt umzusetzen?

„Wir haben die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt in Köln in Auftrag gegeben, und es wurde ein 3. Frauenhaus initiiert. Dies muss nun noch gebaut werden. Außerdem braucht es ausreichend Fachkräfte, die sich um die häufig traumatisierten Frauen und auch ihre Kinder kümmern.“

Wir warten derzeit auf die „landesweite Analyse über die Bedarfsgerechtigkeit der Fraueninfrastruktur“, die von der Landesregierung NRW in Auftrag gegeben worden ist. Danach wollen wir die weiteren Schritte ausrichten.“

Kinder- und Jugendhilfe

7. Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um den Kinderschutz auch im digitalen Zeitalter gewährleisten zu können?

„Wir haben in dieser Wahlperiode bereits die Strukturen der Jugendarbeit gestärkt, neue Einrichtungen an den Start gebracht und bei bestehenden Einrichtungen mehr Personal zugesetzt. Wir werden in der nächsten Wahlperiode das Präventions-Angebot gerade im Bereich von Gewalt im digitalen Raum ausbauen. Mit einer Anfrage zur Sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendlichen haben wir die bestehenden Angebote auf den Prüfstand gestellt. Kinderschutz ist gerade im digitalen Zeitalter eine Herausforderung, der wir uns stellen werden. Dazu bedarf es ein digitales Beratungsangebot. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung digitaler wird und dabei auch Menschen mitgedacht werden, die wirtschaftlich schwächer sind. Teilhabe im Digitalen darf nicht am Geldbeutel scheitern. Nur wenn Familien auch die Möglichkeit haben, digitale Angebote zu nutzen, können sie diese in Krisen auch nutzen. Nichts desto trotz muss uns allen klar sein, dass gerade Kinderschutz nach §8a SGB VIII den persönlichen Kontakt erfordert und wir hier alles dafür tun müssen, damit die Sozialpädagog*innen eine gute Arbeit leisten können.“

Soziale Arbeit im Krankenhaus

8. Was wollen Sie tun, um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den Ressourcen des Gesundheitswesens sicherzustellen - auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung?

„Wir setzen uns für eine 100%-Mitgliedschaft in den Krankenversicherungen ein - niemand soll zukünftig ohne Versicherungsschutz bezüglich Krankheit und Pflege sein. Auch hier gilt zusätzlich, dass alle Menschen überhaupt erstmal an der Digitalisierung teilhaben können. Wenn Menschen weder Endgerät noch einen Internetzugang haben, dann kann Digitalisierung nicht funktionieren.“

9. Was wollen Sie tun, um die Partizipation des/der Patient*in im Behandlungsprozess sicherzustellen?

„Wir setzen uns für die Stärkung der Patientinnenrechte ein. Dies erfolgt u. a. über eine Stärkung der Patientenvertretungen und der Schlichtungsstellen. In Köln müssen die Notfallpraxen für alle Kölner*innen erhalten bleiben damit eine Behandlung im Wohnumfeld möglich ist. Auch das ist ein Teil von Partizipation, wenn Behandlungsmöglichkeiten sehr weit entfernt sind, ist es für einige Patient*innen noch schwieriger einen Arztpraxis aufzusuchen.“

Schulsozialarbeit

10. Die Finanzierung von Schulsozialarbeit ist bis 2021 gesichert. Wie wollen Sie Schulsozialarbeit darüber hinaus nachhaltig finanzieren?

„Das Land NRW hat aktuell zugesichert, dass die Schulsozialarbeit über 2021 hinaus gesichert ist. Die Einhaltung dieses Versprechens werden wir bei der Landesregierung einfordern.“

11. Aktuell entstehen Konflikte ob Sozialarbeitende zur Schule oder zur Jugendhilfe gezählt werden. Wie sollen Fachkräfte im Bereich der Schulsozialarbeit Ihrer Ansicht nach strukturell angebunden werden (direkt an der Schule, beim öffentlichen/freien Träger)?

„In Köln hat sich die Zweiteilig durchaus bewährt. Die SchulsozialarbeiterInnen in den Grundschulen sind in der Regel bei den OGS-Trägern verortet, in der Sek 2 beim Schulträger. Dieses System hat sich im Grundsatz bewährt. Wir halten es aber für richtig, die Schulsozialarbeit innerhalb der Verwaltung beim stärker beim Jugendamt zu verorten.“

Wohnungslosenhilfe

12. Inwieweit planen Sie einen Ausbau der Wohnungslosenhilfe?

„Wir haben bereits eine starke Erweiterung der Bausteine in der Wohnungslosenhilfe vorgenommen. Dazu zählen die „Humanitären Hilfen für Menschen aus Ländern der EU-Osterweiterung“, um diesen i.d.R. nicht leistungsberechtigten Menschen Angebote z. B. zur Übernachtung, Beratung oder gesundheitlichen Erstversorgung zu unterbreiten. Und auch die Sicherung des Mittagstisch-Angebotes in der Einrichtung Vringstreff oder die Beschäftigungsförderung von obdachlosen Menschen (z. B. in der Einrichtung „Gulliver“) gehören dazu.

Wir haben das Housing-First-Modell für Köln initiiert.

Und wir wollen ein Angebot von Schlafplätzen speziell für Frauen im Rechtsrheinischen aufbauen.

Allgemein sind die Angebote in Köln sehr vielfältig und gut; dennoch müssen sie den Anforderungen angepasst werden.“